



## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik, 11011 Berlin

☎ (030) 227-73447

✉ (030) 227-76318

✉ ernst-dieter.rossmann@bundestag.de  
www.ernst-dieter-rossmann.de

# Pressemitteilung

16.11.06

## Gemeinsam gegen Lohndumping

### SPD-Gewerkschafter diskutierten über Mindestlohn

„Die Ausweitung des Entsendegesetzes auf das Gebäudereinigergewerbe schafft eine Absicherung für 850 000 Beschäftigte in ganz Deutschland“. Darauf wies jetzt der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der Kreis-SPD hin. Durch die im Sommer im Kabinett beschlossene Regelung würden auch im Ausland ansässige Anbieter von Leistungen dieser Branche verpflichtet, ihre in Deutschland arbeitenden Beschäftigten nach deutschem Tarif zu entlohnen.

Perspektivisch sollte die Regelung nach Rossmanns Auffassung auch auf weitere Gewerbe ausgeweitet werden. „Dies ist ein erster Schritt hin zu einer dringend erforderlichen Mindestlohnregelung“, betonte der Politiker. „Letzt-

lich sollten alle Arbeitnehmer in Deutschland eine derartige Absicherung haben.“

Er sei sehr froh, dass SPD und Gewerkschaften sich auf ein gemeinsames Konzept verständigt hätten. Rossmann: „Es war schon ein schweres Stück Arbeit, der Union bei den Koalitionsverhandlungen die jetzt vollzogene Maßnahme abzurufen. Es wird deshalb den gemeinsamen Einsatz von DGB und Sozialdemokraten brauchen, um hier Schritt für Schritt weiter zu kommen.“

Dem stimmte auch Jörg Breitsprecher von der AfA zu: „Derzeit gibt es in Deutschland etwa 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte, die für Löhne arbeiten, die unter 50 Prozent des deutschen Durchschnittslohnes liegen! Das ist ein Missstand, den es unbedingt zu beheben gilt!“ Betroffen seien dabei nicht nur ungelernte, sondern sogar zu zwei Dritteln Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung. Breitsprecher: „Menschen, die Vollzeit arbeiten müssen von den Löhnen auch menschenwürdig leben können!“

Ernst Dieter Rossmann versprach, sich in Berlin weiter für Mindestlohnregelungen einzusetzen und verwies auf die Erfahrungen Frankreichs, Großbritanniens und der Benelux-Länder mit dem Mindestlohn. „Die große Mehrzahl der EU-Mitglieder hat Mindestlöhne und kann nur über positive Folgen berichten. Es ist an der Zeit, dass die Union ihren Widerstand gegen diese sinnvolle Regelung aufgibt“, mahnte Rossmann.